

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Ausschuss für konstitutionelle Fragen

2007/2019(BUD)

13.9.2007

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für konstitutionelle Fragen

für den Haushaltsausschuss

zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das
Haushaltsjahr 2008
(C6-0000/2007 - 2007/2019(BUD))

Einzelplan III - Kommission

Verfasser der Stellungnahme: Rihards Pīks

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für konstitutionelle Fragen ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

- A. in der Erwägung, dass auf dem Europäischen Rat von Brüssel vom 21. und 22. Juni 2007 beschlossen wurde, eine Regierungskonferenz einzuberufen, die auf Grund der vom Europäischen Rat in seinem spezifischen Mandat gemachten Vorgaben einen geänderten Vertrag ausarbeiten soll,
 - B. in der Erwägung, dass das Europäische Parlament in seiner Entschließung vom 7. Juni 2007 zu der Roadmap für den EU-Verfassungsprozess betont hat, dass „die Verbesserung der Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am politischen Leben der Europäischen Union“ und die „Einbeziehung der Zivilgesellschaft“ die Leitprinzipien für die Weiterentwicklung der Europäischen Union sind¹,
 - C. in der Erwägung, dass das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ unter anderem auf die Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft, auf die Unterstützung von Maßnahmen und Institutionen, die den Bürgern die Möglichkeit zur Interaktion und zur Partizipation an einem immer engeren Zusammenwachsen Europas geben, und auf die Entwicklung einer europäischen Identität abzielt²,
1. erinnert daran, dass Kommunikations- und Bildungsprogramme für die Steigerung des Interesses und der Teilhabe der Unionsbürger am politischen System der Europäischen Union von größter Bedeutung sind und dass der geänderte Vertrag, der von der bevorstehenden Regierungskonferenz vermutlich angenommen werden wird, zahlreiche auf die Kommunikation mit den Bürgern Europas ausgerichtete Maßnahmen erfordern wird, um klarzustellen, zu welchen institutionellen und politischen Fortschritten er führen soll;
 2. betont erneut, dass die Maßnahmen im Zuge von Kommunikations- und Informationsprogrammen von einer institutionellen Struktur abhängig sind, die über langfristig ausreichende Finanzmittel zur Deckung der Betriebskosten bestimmter ausgewählter akademischer Einrichtungen, Stiftungen (einschließlich der Stiftungen politischer Parteien), Sozialpartnern und anderer Teile der Zivilgesellschaft verfügt;
 3. stellt fest, dass die Mittel des Haushaltsentwurfs (HE) für 2008 (Verpflichtungen) gegenüber dem Haushaltsplan 2007 zwar insgesamt um 1,5% aufgestockt wurden, dass jedoch die Mittel der Teilrubrik 3b des HVE 2008 (Unionsbürgerschaft) als einziger Rubrik erheblich gekürzt wurden (etwa 10% weniger Mittel für Verpflichtungen als im Haushaltsplan 2007); vertritt die Ansicht, dass diese Beträge in Zeiten bedeutender Veränderungen des institutionellen Gefüges der Europäischen Union, einschließlich der Informationsrelais der Europäischen Union, unzureichend sind und beträchtlich erhöht werden müssen;

¹ *Angenommene Texte*, P6_TA(2007)0234 (Ziffern 9 und 13).

² Beschluss Nr. 1904/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft (2007-2013) (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 32).

4. verpflichtet sich zur Entwicklung eines transparenten und ausgewogenen Systems der Finanzierung der europäischen politischen Stiftungen auf der Grundlage des von der Kommission am 27. Juni 2007 vorgelegten Vorschlags zur Änderung der Regelung über die Finanzierung der europäischen politischen Parteien¹ sowie zur Bereitstellung der erforderlichen Mittel, damit mit dieser Maßnahme die angestrebten politischen Ziele erreicht werden können;
5. verpflichtet sich, seine Anstrengungen zur Schaffung eines wirklichen europäischen öffentlichen Raums, einschließlich der Schaffung und angemessenen Finanzierung seines neuen Besucherzentrums und des parlamentseigenen Web-TV-Programms zu intensivieren, und ersucht den Rat, auch in seinen eigenen Bereichen der Kommunikationspolitik so zu verfahren.

¹ KOM(2007)0364

VERFAHREN

Titel	Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2008	
Verfahrensnummer	2007/2019(BUD)	
Federführender Ausschuss	BUDG	
Stellungnahme von Datum der Bekanntgabe im Plenum	AFCO	
Verstärkte Zusammenarbeit – Datum der Bekanntgabe im Plenum		
Verfasser(in) der Stellungnahme Datum der Benennung	Rihards Pīks 1.3.2007	
Ersetzte(r) Verfasser(in) der Stellungnahme:		
Prüfung im Ausschuss	26.6.2007	11.9.2007
Datum der Annahme	11.9.2007	
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 9 -: 0 0: 0	
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Enrique Barón Crespo, Andrew Duff, Ingo Friedrich, Jo Leinen, Íñigo Méndez de Vigo, Adrian Severin, Dushana Zdravkova	
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Carlos Carnero González, György Schöpflin	
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 178 Abs. 2)		
Anmerkungen (Angaben nur in einer Sprache verfügbar)		